



Presseschau vom 27.09.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, Korrespondent und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, Korrespondent und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipp:

deutsch.rt.com: **Chef der Iranischen Revolutionsgarde: Könnten alle US-Basen im Golf "gleichzeitig" hochgehen lassen**

Auch als kein Partner des zugrunde liegenden Abkommens mehr wollen die USA die Iran-Sanktionen wiederherstellen. Dem Chef der Iranischen Revolutionsgarde war das Anlass zum Rundumschlag gegen die "expansionistische Strategie" der USA, die sich ohnehin im "Niedergang" befänden. ...

<https://de.rt.com/2alq>

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **New-START-Vertrag: Schwedens Ministerpräsident ruft Russland und USA zur Fristverlängerung auf**

Schweden hat Russland und die USA zur Fristverlängerung des Abrüstungsvertrags zur Begrenzung strategischer Atomwaffen (New-START-Vertrag) aufgerufen. Dies teilte der schwedische Ministerpräsident Stefan Löfven bei einer Sitzung der Vollversammlung der Vereinten Nationen im Rahmen der UN-Gipfelwoche mit.

Zudem rief Schwedens Ministerpräsident China zur Beteiligung an den künftigen Gesprächen in diesem Bereich auf.

„Wir rufen die USA und Russland dazu auf, sich auf die Verlängerung des New-START-Vertrags zu einigen und rufen auch China zur Beteiligung an Diskussionen über künftige

Vereinbarungen auf“, sagte Löfven per Videoschalte.

Auch der UN-Generalsekretär Antonio Guterres hatte Russland und die USA nachdrücklich aufgerufen, den Verhandlungsprozess zur Fristverlängerung des New-START-Vertrags zu beschleunigen. Guterres zufolge ist die Vertragsverlängerung um volle fünf Jahre eine der dringendsten Prioritäten im Bereich der Abrüstung und internationalen Sicherheit. Die Verlängerung solle sicherstellen, dass nachprüfbar Einschränkungen der zwei größten Nuklearwaffenlager bestehen bleiben. ...

vormittags:

deutsch.rt.com: Konflikt in Bergkarabach eskaliert wieder: Armenien und Aserbaidschan werfen einander Offensive vor

Am Sonntag ist der jahrzehntelange Bergkarabachkonflikt erneut eskaliert. Die Führung der nicht anerkannten Republik an der Grenze zwischen Armenien und Aserbaidschan rief die zivile Bevölkerung auf, sich für die Dauer der Kampfhandlungen in Sicherheit zu bringen. Am Sonntagmorgen teilte das aserbaidische Verteidigungsministerium mit, dass die armenischen Luftstreitkräfte mehrere Ortschaften an der Kontaktlinie in Bergkarabach mit großkalibrigen Waffen und Granatwerfern beschossen hätten. Es gebe Todesopfer unter der Zivilbevölkerung und ernsthafte Sachschäden an der zivilen Infrastruktur. Das Militär treffe Gegenmaßnahmen und habe die operative Situation unter Kontrolle. Baku sprach von "groß angelegten Provokationen".

Das armenische Verteidigungsministerium teilte seinerseits mit, dass Bergkarabach aus der Luft und mit Raketen angegriffen worden sei. Das armenische Militär habe zwei Hubschrauber und drei Drohnen der aserbaidischen Armee abgeschossen. Außerdem habe die aserbaidische Armee drei Panzer verloren. Berichte über mögliche Todesopfer wollte die armenische Seite zunächst nicht kommentieren.

Wagram Pogossjan, Sprecher des Präsidenten der international nicht anerkannten Republik Bergkarabach, teilte mit, dass am Sonntagmorgen mehrere Ortschaften, darunter die Hauptstadt Stepanakert, unter Beschuss geraten seien. Er rief die Einwohner auf, sich für die Dauer der Kampfhandlungen in Sicherheit zu bringen. Für die Eskalation machte er die aserbaidische Führung und den Präsidenten Ilham Alijew persönlich verantwortlich. Araik Arutjunjan, Präsident des nicht anerkannten Staates, rief in Bergkarabach den Kriegszustand aus und ordnete die allgemeine Mobilmachung an.

Das armenische Verteidigungsministerium brachte ein Video in Umlauf, das angeblich einen aserbaidischen Panzer zeigt, der von einem panzerbrechenden Geschoss getroffen wird. Anschließend stoppt der Panzer und stößt Wolken von schwarzem Rauch aus. Die Echtheit des Videos konnte noch nicht verifiziert werden.

Der Bergkarabachkonflikt war im Februar 1988 ausgebrochen, als die autonome Region Bergkarabach ihre Loslösung von Aserbaidschan angekündigt hatte. Im Laufe eines bewaffneten Konflikts, der von 1992 bis 1994 dauerte, verlor Baku seine Kontrolle über Bergkarabach und sieben Anrainergebiete. Im Jahr 1994 unterzeichneten Aserbaidschan, Armenien und die international nicht anerkannte Republik Bergkarabach unter Vermittlung der Russischen Föderation ein Protokoll über den Waffenstillstand. Trotzdem kam es immer wieder zu Kampfhandlungen, zuletzt im Juli dieses Jahres, als insgesamt 18 Menschen bei einem Konflikt an der armenisch-aserbaidischen Grenze starben.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2020.09/article/5f702d84b480cc094a51ea92.JPG>

deutsch.rt.com: **Russlands Außenministerium ruft Konfliktseiten in Bergkarabach zu Waffenruhe auf**

Das russische Außenministerium hat am Sonntag alle Konfliktparteien des erneut eskalierten Bergkarabachkonflikts auf, die Kampfhandlungen unverzüglich einzustellen. Die Seiten sollten umgehend mit Verhandlungen beginnen, um die Situation in der Region zu stabilisieren.

Am Sonntagmorgen ist es in der Konfliktregion Bergkarabach im Südkaukasus erneut zu einer Eskalation zwischen den verfeindeten Ländern Aserbaidschan und Armenien gekommen. Beide Seiten berichteten von Gefechten an der Kontaktlinie in der international nicht anerkannten Republik Bergkarabach. Demnach wurden mehrere Ortschaften beschossen. Es gab Berichte von Todesopfern unter der Zivilbevölkerung und schweren Sachschäden an der zivilen Infrastruktur. Armenien und Aserbaidschan gaben sich gegenseitig die Schuld für die Gefechte.

Vor diesem Hintergrund appellierte das russische Außenministerium an alle Konfliktseiten, das Feuer unverzüglich einzustellen und sich an den Verhandlungstisch zu setzen, um die Situation zu stabilisieren. Auch die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS), zu der Armenien, Kasachstan, Kirgisistan, Russland, Tadschikistan und Weißrussland gehören, plädierte für eine friedliche Lösung des Konflikts. Bislang reichte Armenien jedoch kein offizielles Hilfeersuchen bei der Organisation ein.

Inzwischen teilte der Sprecher des türkischen Präsidenten, İbrahim Kalın, mit, dass Ankara Baku unterstütze und die jüngsten Handlungen Jerewans verurteile. Der Berater von Recep Tayyip Erdoğan warf Armenien vor, den Waffenstillstand verletzt zu haben. ...



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2020.09/article/5f704f54b480cc08f1015acd.JPG>

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 26. September wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

rusvesna.su: **Kriegsrecht und allgemeine Mobilisierung in Armenien erklärt**

Es ist gerade bekannt geworden, dass die armenischen Behörden aufgrund der Ereignisse in Karabach das Kriegsrecht und die allgemeine Mobilisierung im Land erklärt haben.

Wie "Russkaja Wesna" berichtete, traf der Präsident der Berg-Karabach-Republik, Araik Arutjunjan, einige Stunden zuvor die Entscheidung, das Kriegsrecht zu verhängen.

Wir haben Aufnahmen des Transfers mehrerer Raketenraketen von Armenien an die Front gezeigt, vermutlich in das Gebiet von Stepanakert, das heute Morgen vermutlich von Aserbaidschan verheerend beschossen wurde.

Wir erinnern daran, dass in Stepanakert eine Frau und ein Kind infolge von Beschuss getötet wurden.

dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 26. September 3:00 Uhr bis 27. September 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verstöße von Seiten der BFU 6.

Auf das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen geschossen:

Richtung Gorlowka: Mörser 82mm – 1 mal (2 Geschosse); Granatwerfer – 1 mal (1 Granate); automatische Granatwerfer – 1 mal (2 Granaten); Schusswaffen – 4 mal.

Richtung Mariupol: Schusswaffen – 1 mal.

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

Dolomitnoje, Nowoaja Tawrija.

Wie bereits mitgeteilt wurde, gerieten gestern durch Beschuss von Seiten der BFU auf Dolomitnoje 15 Häuser in Brand. Zum ersten Mal seit Inkrafttreten der Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feuereinstellung eröffneten die BFU das Feuer mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Mörsern des Kalibers 82mm.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 5.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse ebenfalls 5.

Beginnend mit 00:01 Uhr am 27. Juli 2020 traten gemäß einer in der Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: **Syriens Außenminister wirft Türkei und USA Besetzung vor**

Damaskus wird laut seinem Außenminister keine Mühen scheuen, um die Besetzung syrischer Gebiete durch die USA und die Türkei mit allen Mitteln zu stoppen. Diese Auffassung brachte der syrische Minister in einer Videobotschaft bei einer Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Rahmen der UN-Gipfelwoche zum Ausdruck

„Die andauernde Präsenz US-amerikanischer und türkischer Streitkräfte auf syrischem Boden fällt rechtlich vollkommen unter die Definition von ‚Okkupation‘. Die Arabische Republik Syrien wird keine Mühen scheuen, um diese Besetzung mit allen möglichen völkerrechtlichen Mitteln zu beenden“, sagte er.

Dabei würden Washington und Ankara direkt oder über terroristische Agenten, separatistische

Milizen oder illegale Organisationen agieren, betonte der Minister. Diese Aktivitäten seien illegal, denn sie verletzen „die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität Syriens“.

„Wir verurteilen erneut alle Verbrechen der so genannten globalen Koalition, die seit Beginn ihrer illegalen Intervention gegen die Syrer im Nordosten begangen wurden“, fuhr al-Muallim fort und bezeichnete die Staatsführung der Türkei als „geächtetes Regime“, dem er vorwarf, Terroristen, vor allem von der Terrormiliz „Dschabhat al-Nusra“ in Syrien und der Region, zu unterstützen sowie finanziell zu fördern.

Die Politik und Aktivitäten der türkischen Regierung, die „die Sicherheit und Stabilität der gesamten Region bedrohen“, müssten ein Ende nehmen, forderte er.

Der bewaffnete Konflikt in Syrien dauert seit 2011 an. Seit 2017 finden Verhandlungen in Kasachstans Hauptstadt Nur-Sultan statt, die als Gespräche im Astana-Format (benannt nach dem früheren Namen der kasachischen Hauptstadt) bekannt sind. Im Januar 2018 war die südrussische Stadt Sotschi Gastgeber des Kongresses des syrischen nationalen Dialogs. Er war der erste Versuch seit Beginn des Konflikts, ein breites Spektrum von Teilnehmern auf einer Verhandlungsplattform zusammenzubringen. Das wichtigste Ergebnis des Kongresses war der Beschluss, einen Verfassungsausschuss mit Sitz in Genf zu bilden, der eine Verfassungsreform vorbereiten soll.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/1b/328002280_0:0:2300:1246_1000x541_80_0_0_8b332a4b24b99545d07cbc57bde8cb6b.jpg

Lug-info.com: Am 27. September um 9:00 Uhr sind in der LVR 934 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

Davon wurden nach zwei negativen Tests insgesamt 764 Personen als gesund entlassen. Seit Beginn der Pandemie wurden in der LVR 32 Todesfälle registriert.

belta.by: Innenministerium: Am 26. September wurden 150 Personen wegen Verstoßes gegen die Bestimmungen zu Massenergebnissen festgenommen

Wegen Verstoßes gegen das Massenergebnisgesetz wurden am 26. September 50 Personen festgenommen. Dies teilte Pressesprecherin des Innenministeriums Olga Tscheemodanowa mit, informiert BelTA.

Bis zur gerichtlichen Prüfung von Fällen von Delikten wurden 116 in Haftanstalten untergebracht, fügte die Pressesprecherin hinzu.

Die Gesamtzahl der Teilnehmer an den zehn Protestaktionen, die in sechs Siedlungen des Landes stattfanden, belief sich auf rund 300 Personen.

„In den Regionen gab es praktisch keine Brutstätten sozialer Spannungen. In Minsk konzentrierten sich tagsüber kleine Gruppen von Bürgern auf verschiedene Teile der Stadt“, bemerkte Olga Chemodanova. Am bedeutendsten war der sogenannte Frauenmarsch. Um 14.00 Uhr versammelten sich die Teilnehmer in der Kulman Straße, von wo aus sie zum

Unabhängigkeitsprospekt gingen. Dann liefen einige von ihnen in Richtung Platz des Sieges, wo sie sich um 16.10 Uhr zerstreuten. Während des Marsches betrug die Zahl der Demonstranten nicht mehr als 200 Personen.

Das Innenministerium teilte außerdem mit, dass die Polizei heute, am 27. September, in Minsk Maßnahmen ergreifen werde, um den Verkehr mit persönlichen und öffentlichen Verkehrsmitteln, einschließlich der U-Bahn, einzuschränken, um Notfälle zu vermeiden. Strafverfolgungsbehörden erinnerten daran, dass sowohl die administrative als auch die strafrechtliche Haftung für die Teilnahme an nicht autorisierten Massenveranstaltungen und deren Organisation vorgesehen ist. Die strafrechtliche Verantwortlichkeit gilt auch für die Organisation und Vorbereitung von Maßnahmen, die die öffentliche Ordnung schwer verletzen (einschließlich der Sperrung des Verkehrs). „Wir entschuldigen uns für die Unannehmlichkeiten, die die Demonstranten verursachen, wenn sie Spaß auf der Straße haben und nicht an die Probleme denken, die sie für ihre Umgebung bewirken“, fügte Olga Tschomodanowa hinzu.

Am vergangenen Tag fanden in allen Regionen der Republik 13 Veranstaltungen zur Unterstützung von Frieden, Sicherheit und Ruhe statt, an denen etwa 40.000 Menschen teilnahmen.



https://www.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000022_1601197783_408404_big.jpg

Mzdnr.ru: Am 26. September wurden in der DVR 50 neue Fälle von Coronavirusinfektionen festgestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 22 Patienten nach zwei negativen Tests als gesund entlassen.

Am 27. September um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 3334 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

1098 Patienten sind derzeit in Behandlung, 2049 als gesund entlassen, es gibt 187 Todesfälle. Zum Stand am 27. September wurde eine Coronavirusinfektion bei 131 Personen entdeckt, die seit dem 25. Juni aus der Ukraine eingereist sind. Alle infizierten Patienten befinden sich in spezialisierten Einrichtungen des Gesundheitswesens der Republik und werden kostenlos behandelt.

de.sputniknews.com: **Außenminister Makej: „Zukunft Weißrusslands wird nicht auf Barrikaden bestimmt“**

Weißrusslands Außenminister Wladimir Makej hat seine Ansprache auf der UN-Generaldebatte genutzt, um westliche Staaten für die politische Krise in seinem Land verantwortlich zu machen. Im Hinblick auf die andauernden Proteste warnte Makej vor

Sanktionen und pochte auf das Recht der Weißrussen, selbständig über ihre eigene Zukunft zu entscheiden.

„Die Zukunft Weißrusslands wird von seinem eigenen Volk entschieden, wie dies in der Geschichte unseres Landes bereits mehrmals bewiesen wurde - nicht auf den Barrikaden, sondern durch einen zivilisierten Dialog, auch im Rahmen der bereits laufenden Verfassungsreform“, äußerte Makej in seiner Videobotschaft anlässlich der Generaldebatte der Vereinten Nationen.

„Wir lehnen jeden einseitigen Zwang in den internationalen Beziehungen entschieden ab“, fügte er hinzu.

Makej beschuldigte nicht näher bezeichnete Länder, „UN-Tribünen, einschließlich des UN-Sicherheitsrates, für ihre beschränkten politischen Ambitionen zu missbrauchen“.

„Es handelt sich insbesondere um die Fokussierung westlicher Länder auf die Situation in Weißrussland, die jetzt tatsächlich nicht einfach ist - aufgrund bestimmter Umstände, die uns hauptsächlich von außen aufgezwungen wurden“, so Makej. Seine Ansprache wurde im Sitzungssaal der UN-Vollversammlung ausgestrahlt.

Während der jetzigen Generaldebatte hatten die Präsidenten von Lettland, Litauen, Polen und Frankreich das Thema der andauernden Massenproteste in Weißrussland zur Sprache gebracht. In der Ex-Sowjetrepublik protestieren viele Menschen seit rund sieben Wochen gegen die Wiederwahl von Langzeit-Staatschef Alexander Lukaschenko, der bei der Präsidentenwahl im August nach amtlichen Angaben mit mehr als 80 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt wurde.

Laut Makej versuchen westliche Länder Weißrussland „in Chaos und Anarchie zu stürzen“ und so „um viele Jahre zurückzuwerfen“. Dies passiere unter dem Deckmantel der „angeblichen Sorge um die Souveränität und den Wohlstand Weißrusslands“.

„Farbrevolution gescheitert“

In seiner Ansprache warnte der weißrussische Außenminister auch vor der Verhängung von Sanktionen gegen sein Land. „Wir rufen unsere Partner zu Weisheit, Zurückhaltung und Unparteilichkeit auf“, sagte er. „Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten, Sanktionen oder andere restriktive Maßnahmen gegen Weißrussland würden einen gegenteiligen Effekt hervorrufen und für absolut jeden schädlich sein. Das haben wir in der Vergangenheit schon erlebt.“

Die Europäische Union erkennt das Ergebnis der Präsidentenwahl in Weißrussland vom 9. August nicht an und will Sanktionen gegen Personen verhängen, die nach Einschätzung der EU in Wahlbetrug und Gewalt gegen Demonstranten verwickelt sind. Wegen der ablehnenden Haltung Zyperns konnte sich die EU bisher jedoch nicht auf Weißrussland-Sanktionen einigen.

Makej sieht darin einen gescheiterten Versuch einer Farbrevolution. „Nach einem gescheiterten Versuch, uns eine Farbrevolution aufzuzwingen, sind wir einer externen Einmischung ausgesetzt, deren Ziel darin besteht, die Staatsordnung zu unterminieren.“ Zuvor hatte bereits Dmitri Peskow, Pressesprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, ausgeführt, dass europäische Staaten sich indirekt in die Angelegenheiten Weißrusslands einmischen würden, indem sie Alexander Lukaschenko nicht als Präsident anerkennen. Die Proteste in Weißrussland dauern unterdessen an. Bei der jüngsten Protestaktion in der Hauptstadt Minsk hat es am Samstag Dutzende Festnahmen gegeben.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Lukaschenko-Unterstützer veranstalten Autorallye in Minsk**
Einen Tag nach dem jüngsten Anti-Regierungsprotest in Minsk haben am Sonntag Dutzende

Anhänger von Präsident Alexander Lukaschenko mit einer Autokolonne ihre Unterstützung für den Präsidenten gezeigt.

Wie ein Sputnik-Korrespondent aus der weißrussischen Hauptstadt berichtet, sind an der Veranstaltung unter dem Motto „Für Frieden, Stabilität und Sicherheit“ mindestens 50 Fahrzeuge beteiligt.

Die Mehrheit der Teilnehmer hatte weißrussische Flaggen an den Autos befestigt. Außerdem bemerkte der Sputnik-Korrespondent mindestens eine russische Flagge sowie Fahnen der politischen Bewegung NOD (das Kürzel steht für „Nationale Befreiungsbewegung“) aus Russland.

Das erste Fahrzeug der Kolonne führt Lautsprecher mit, aus denen patriotische Lieder ertönen. Die Aktion wird von Journalisten begleitet, die für Staatssender tätig sind. ...



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/04/327879309_0:172:2941:1764_1000x541_80_0_0_f484b8c23a92de1f3ef06f72aa4740e3.jpg

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 27.09.2020**
In den letzten 24 Stunden haben Kämpfer der BFU **neunmal die Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung **verletzt** und dabei **siebenmal das Feuer in Richtung Gorlowka und Mariupol eröffnet**.

Von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje haben Kämpfer eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade der BFU **Nowaja Tawrija** mit Schusswaffen beschossen.

In Richtung Gorlowka haben die ukrainischen Terroristen gestern zum ersten Mal seit Inkrafttreten der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung **Mörser des Kalibers 82mm eingesetzt**. Insgesamt haben Kämpfer des 2. Bataillons der 24. mechanisierten Brigade der BFU beim Beschuss auf **Dolomitnoje** 130 Schüsse mit Schusswaffen, zwei Schüsse mit einem Unterlaufgranatwerfer, einen mit einem Antipanzerhandgranatwerfern abgegeben und zwei Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert. Eine uns vorliegende Audioaufzeichnung von Gesprächen von Kämpfern der 24. Brigade demonstriert deutlich die Sabotage der erzielten Vereinbarungen durch die ukrainische Seite und die Unfähigkeit der militärisch-politischen Führung der Ukraine, die Aktivitäten der Terroristen der BFU, die sich an der Front befinden, zu kontrollieren.

Infolge des verbrecherischen Beschusses des Gegners **gerieten 15 Häuser in der Shelesnodoroshnaja-Straße in Dolomitnoje in Brand**.

Aber die sogenannten ukrainischen Soldaten haben bei ihren Verbrechen nicht die Windrichtung berücksichtigt. Das Feuer griff von den brennenden Häusern schnell auf trockenes Gras über und gelangte innerhalb einiger Minuten zu den Positionen der BFU, wo eine echte Panik ausbrach. Die Kämpfer vergaßen die Tarnung und versuchten chaotisch das

Feuer zu löschen, so befanden sie sich im Visier unserer Soldaten. Unsere Soldaten hielten ihrerseits die zuvor erzielten Vereinbarungen ein und eröffneten das Feuer nicht.

Als Beweis unserer Worte stellen wir Ihnen ein Video vor, das während des Brandes auf den Positionen der BFU aufgenommen wurde.

<iframe width="595" height="372" src="https://www.youtube.com/embed/Iflm0oenBJM" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; clipboard-write; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>
<https://youtu.be/Iflm0oenBJM>

Außerdem haben wir drei Detonationen auf den Positionen eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade im Gebiet von Wodjanoje festgestellt, von denen die Kämpfer später 15 Schüsse mit Schusswaffen auf das Gebiet von Nowaja Tawrija abgaben.

In Verletzung des ersten Punkts der Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands führt die ukrainische Seite **technische Arbeiten im**

Verantwortungsbereich der 35. Brigade auf von ihnen kontrolliertem Territorium im Gebiet von Showanka durch.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer von denen Positionen eines Marineinfanteriebataillons der 36. Marineinfanteriebrigade der BFU in der Nähe von Wodjanoje drei Schüsse mit einem Unterlaufgranatwerfer in Richtung **Leninskoje** abgegeben. Alle Materialien zu den Beschießungen wurden an die Vertreter internationaler Organisationen, die sich in der Republik befinden, und die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben.

Wir rufen die internationalen Beobachter der OSZE-Mission ein weiteres Mal auf, die Fälle von Verletzungen des Waffenstillstands zu erfassen und die militärisch-politische Führung der Ukraine zu zwingen, ihre Verpflichtungen einzuhalten.

Beobachter der OSZE-Mission haben im Bericht vom 26. September 2020 weitere Fälle von Verletzungen des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen zum Waffenstillstand durch die ukrainischen bewaffneten Formationen bestätigt. **In den letzten 24 Stunden wurde die Stationierung von acht Stück Waffen und Militärtechnik** durch Kämpfer der 53. und 35. Brigade **in der Nähe von zivilen Objekten** in Nowotroizkoje, Bogdanowka, Trudowskije und Belaja Gora bemerkt.

Es wurde festgestellt, dass, um die Entdeckung der verbotenen Waffen im Verantwortungsbereich der 53. Brigade im Gebiet von Granitnoje zu verhindern, eine mobile Gruppe des 503. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt wurde, das die Aufgabe hatte mit einer Station „Bukowel-AD“ die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission zu blockieren.

Die Untätigkeit der ukrainischen militärisch-politischen Führung zeigt sich auch im Kampf gegen die Verbreitung der Coronavirusinfektion. Nichteinhaltung der sanitären Regeln in den Einheiten und das Fehlen einer Kontrolle von Seiten der Kommandeure führen zu einem **Ausbruch von „COVID-19“-Erkrankungen** unter den Soldaten der 92. mechanisierten Brigade, die die 54. mechanisierte Brigade ablösen soll. Das Kommando der BFU hat sich nichts besseres ausgedacht, als die 92. Brigade mit Soldaten anderer Einheiten, darunter der 54. Brigade, zu komplettieren und so einen Teil der Kämpfer aus der Rotation zu nehmen. Im Zusammenhang damit haben in den Einheiten der 54. Brigade die Fälle von Alkoholkonsum und Verweigerung der Befehle der Kommandeure zugenommen.

Ohne **Probleme mit der Disziplin** geht es auch in der benachbart an der Front stehenden 35. Marineinfanteriebrigade nicht. Nach Informationen, die von Freiwilligen in den sozialen Netzwerken veröffentlicht wurden, wurden gleich fünf Soldaten der 35. Brigade mit der Diagnose Überdosierung von Drogen in medizinische Einrichtungen von Charkow und Tschassow Jar eingeliefert. Einer von ihnen starb später im Hospital von Taschssow Jar. Nach der vorläufigen Version einer Kommission des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“, die zur Ermittlung eingetroffen ist, erhielt der Obermatrose K.A.

Iwanuschtschak ein Päckchen, in dem sich Drogen befanden. Der Kämpfer entschloss sich, mit Kameraden einen Erholungsabend zu organisieren. Im Ergebnis starb einer seiner Kameraden. Der Schuldige an dem Geschehen selbst befindet sich in äußerst ernstem Zustand in Militärmedizinischen Klinischen Zentrum von Charkow. Die Kommission führt ihre Arbeit fort, alle Kameraden Iwanuschtschaks müssen sofort einen Drogentest machen. Das Kommando des Stabs der OOS ist durch die ständig zunehmenden nicht kampfbedingten Verluste in den Truppenteilen der BFU beunruhigt, es wurde bereits eine Kommission gebildet, die in den nächsten Stunden mit der Arbeit in allen Einheiten an der Front beginnen wird, um die Ursachen der nicht kampfbedingten Verluste zu ermitteln.

de.sputniknews.com: **Russische Journalistin in Minsk festgenommen – Innenministerium**

Die russische Staatsbürgerin und Mitarbeiterin des Portals „MBH Media“ Anastasija Olschanskaja ist bei einem erneuten Frauenmarsch in der weißrussischen Hauptstadt festgenommen worden. Das teilte der Pressedienst der Innenbehörde von Minsk mit. „Olschanskaja ist im Rahmen eines verwaltungsbehördlichen Verfahrens festgehalten worden. Sie wird nicht aus dem Polizeirevier freigelassen“, heißt es.

Am Samstag fand auf dem Komarowski-Markt der weißrussischen Hauptstadt ein Frauenmarsch gegen den Präsidenten Alexander Lukaschenko statt. Unmittelbar nach seinem Beginn kam es zu Festnahmen.

Wie der Pressedienst der Innenbehörde der weißrussischen Hauptstadt gegenüber der Agentur RIA Novosti mitteilte, wurden bei der nicht genehmigten Aktion Dutzende Menschen festgenommen.

Zuvor war mitgeteilt worden, dass Olschanskaja zur Kontrolle ihrer Akkreditierung in ein territoriales Polizeirevier von Minsk gebracht worden sei. Sie befinde sich zurzeit dort. Die Opposition kündigte am Mittag einen erneuten Frauenmarsch gegen Präsident Alexander Lukaschenko an, der nach dem ursprünglichen Plan auf dem Siegesplatz beginnen sollte. Rund eine Stunde vor der Aktion wurde eine U-Bahn-Station in der Nähe des Platzes geschlossen. Die oppositionellen Kanäle im Nachrichtendienst Telegram riefen daraufhin zu einer Kundgebung auf dem zentralen Komarowski-Markt auf. ...



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/1b/328005715_0:215:2621:1632_1000x541_80_0_0_ed6beaed4d85742dc8536b49d4688a42.jpg

Mil-Inr.su: **Erklärung des Vertreters der Volksmiliz der LVR am 27. September 2020**

In den letzten 24 Stunden wurde nach Angaben von Beobachtern der LVR im GZKK **keine Feuerprovokationen** von Seiten der BFU festgestellt.

Unter Nutzung der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand stationieren die ukrainischen Streitkräfte weiter **Waffen und Militärtechnik in Ortschaften und an Objekten der zivilen Infrastruktur** und verletzen sog den dritten Punkt der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung

und Kontrolle des Regimes der Feuereinstellung und gefährden damit friedliche Einwohner. So haben Kämpfer der 14. und 30. Brigade 17 Stück Waffen und Militärtechnik stationiert, in Krjakowka zehn Schützenpanzer und ein gepanzertes Aufklärungs- und Spähfahrzeug, am Rand von Gorskoje zwei Schützenpanzerwagen und ein Abwehrgeschütz 3U-23, in der Nähe von Wesjoloje drei Abwehrraketenkomplexe.

Wir erhalten weiter **Informationen über Verbrechen der ukrainischen Kämpfer auf von den ukrainischen Streitkräften besetztem Territorium**. Kämpfer der 30. Brigade haben ein weiteres Mal der örtlichen Bevölkerung ihr wahres Gesicht gezeigt und mehr als 400 Verbraucher in Nikolajewka, Popasnaja-Bezirk, ohne Stromversorgung gelassen.

Der Vorfall ereignete sich am 24. September auf einem Übungsplatz im Gebiet von Nikolajewka während Schießübungen mit Personal des 1. Bataillons der 30. Brigade. Der Kommandeur einer Abteilung Feldwebel Antipenko schlug dem ihm unterstellten Soldaten Belikow vor, zum Zwecke des Geldverdienens und der rechtswidrigen Bereicherung das Aluminiumkabel einer Stromleitung zu stehlen, die am Rand des Übungsplatzes verlief. Unter Nutzung der fehlenden Kontrolle von Seiten des kommandierenden Personals stahlen die Kriminellen 700 Meter Stromkabel.

Nach dem Verbrechen fuhren die Soldaten mit einem Dienstfahrzeug Ural-4320 an einen Buntmetallannahmepunkt in Nikolajewka, wo sie versuchten, das gestohlene Material zu verkaufen.

Der Inhaber des Annahmepunktes, dem klar wurde, dass die Ursache des Stromausfalls in der Ortschaft die kriminellen Aktivitäten der Soldaten waren, die sich durch den Verkauf des Aluminiumkabels bereichern wollten, informierte die örtliche Polizeiwache über den Vorfall. Beim Versuch ihrer Festnahme leisteten die Soldaten Widerstand und setzten dabei Schusswaffen ein, ein Mitarbeiter der Polizei wurde am Bein verletzt.

Zurzeit führen Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes Ermittlungen in der 30. Brigade durch, Feldwebel Antipenko und Soldat Belikow verstecken sich auf dem Territorium der Ukraine. ...

belta.by: Armenien erwägt, die Frage der Anerkennung der Unabhängigkeit von Berg-Karabach zu prüfen

Die armenische Regierung beabsichtigt, die Frage der Anerkennung der Unabhängigkeit Berg-Karabach durch Eriwan zu prüfen. Premierminister Nikol Paschinjan erklärte dies im Parlament, berichtet TASS.

„Ja, wir müssen das Problem der Anerkennung der Unabhängigkeit in Betracht ziehen. Es gibt ein solches Problem auf unserer Tagesordnung. Wir müssen dies sehr ernsthaft diskutieren.

Wir prüfen alle Szenarien für die Entwicklung von Ereignissen“, sagte Nikol Paschinjan.

In der Zwischenzeit hat das aserbaidische Parlament auf einer Notsitzung eine EntschlieÙung zur Einführung des Kriegsrechts in einer Reihe von Städten und Regionen des Landes verabschiedet, wie die Agentur APA aus Baku berichtet. Die Entscheidung muss vom Präsidenten innerhalb von 48 Stunden bestätigt werden.

Wie bereits berichtet, hat die armenische Regierung heute im Zusammenhang mit der Eskalation in Berg-Karabach das Kriegsrecht des Landes verhängt und eine allgemeine Mobilisierung der Reserve angekündigt.



https://www.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000026_1601216965_408426_big.jpg

de.sputniknews.com: **Proteste in Belarus: Polizei setzt Tränengas ein und droht mit Gewaltanwendung**

Das weißrussische Innenministerium hat die Demonstrierenden im Stadtzentrum von Minsk über die Gesetzeswidrigkeit ihrer Protestaktion informiert und mit der Anwendung von Gewalt gedroht.

In Minsk findet am Sonntag eine große Protestaktion statt. Die Teilnehmer stehen mit den weiß-rot-weißen Fahnen der Opposition auf der Fahrbahn. Aus den Lautsprechern ertönt Musik, die regelmäßig durch eine Ansprache des Innenministeriums unterbrochen wird. Die Protestler werden informiert, dass sie gegen die Gesetze von Belarus über Massenveranstaltungen verstoßen, und dazu aufgefordert, „Vernunft an den Tag zu legen und sich zu trennen“.

Zudem droht das Innenministerium mit der Anwendung von „körperlicher Gewalt und Sondermitteln“, sollten die Protestierenden der Aufforderung nicht nachkommen.

Polizei in Gomel setzt Tränengas ein

Zuvor hatten die Ordnungshüter in der zweitgrößten weißrussischen Stadt Gomel nach eigenen Angaben Tränengas zur Zerstreuung der protestierenden Menge eingesetzt, da sich einige Protestler „unangemessen“ verhalten hätten. Gegen die Demonstranten seien keine Waffen eingesetzt worden. Die Polizisten hätten technische Geräte benutzt, die einen lauten Knall und einen Lichtblitz beim Einsatz verursachen würden, hieß es aus dem Pressedienst der Polizei.

Protestaktionen der Gegner der Wiederwahl des Staatschefs Alexander Lukaschenko finden am Sonntag in mehreren Städten in Belarus statt. Die größte Veranstaltung hält die Opposition in der Hauptstadt Minsk ab.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/1b/328006801_0:274:3280:2048_1000x080_0_1_ba1b2065c8caffd33a07735c5f9b1a22.jpg

abends:

belta.by: Innenministerium: Die Zahl der Demonstranten ging zurück, nicht mehr als 200 Personen wurden festgenommen

Die Zahl der Teilnehmer an den Protestveranstaltungen ist zurückgegangen, es wurden nicht mehr als 200 Personen festgenommen, sagte die Pressesprecherin des Innenministeriums, Olga Tschemodanowa, gegenüber BelTA.

„Bis 18 Uhr fanden in fast allen Regionen des Landes nicht autorisierte Massenveranstaltungen statt. Es ist erwähnenswert, dass die Anzahl der Teilnehmer an solchen Veranstaltungen diesmal erheblich geringer war als an allen vorherigen Sonntagen“, sagte Olga Tschemodanowa.

Gleichzeitig wurden nicht mehr als 200 Personen im ganzen Land festgenommen und zur Untersuchung in die territorialen Gremien für innere Angelegenheiten gebracht. Die Verhafteten - die aktivsten Teilnehmer an den Protestaktionen - verwendeten unter anderem nicht zugelassene Symbole, riefen Parolen, fügte die Sprecherin des Innenministeriums hinzu. Laut Olga Tschemodanowa verwendeten Polizisten in Gomel und Mogilew spezielle Ausrüstung. „Betäubungsgranaten, wie in einigen Internetquellen berichtet, wurden von der Polizei nicht eingesetzt“, sagte sie.

„Es ist auch erwähnenswert, dass in den Regionen (d.h. den regionalen Zentren - Grodno, Gomel, Mogilew) die Teilnehmerzahl einige Hundert Personen nicht überstieg. Die Veranstaltungen waren sehr kurz und wurden bereits ab 17 Uhr beendet“, sagte die Sprecherin des Innenministeriums. Sie fügte hinzu, dass die Protestaktionen jetzt nur in Minsk fortgesetzt würden. Darüber hinaus sei auch hier die Teilnehmerzahl deutlich geringer als an früheren Sonntagen.